

EZB rechtfertigt sich für Staatsanleihekäufe – Bundestag zufrieden

Freibrief im Eilgang

Wenn Ameisen in Eile sind, droht immer ein Erdbeben, warnte schon vor etwa 2.500 Jahren Konfuzius. Bundesregierung und Bundestag haben die von der EZB gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geforderte Darlegung der Verhältnismäßigkeit der Staatsanleihekäufe (PSPR, JF 20/20) dennoch akzeptiert. So heißt es im Brief von Olaf Scholz an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble: Das Bundesministerium der Finanzen sei der Überzeugung, daß der EZB-Rat seine Verhältnismäßigkeitsabwägungen „nachvollziehbar dargelegt“ habe.

Doch die sieben Unterlagen wurden erst am selben Tag dem Ministerium zugestellt. Vier waren bereits öffentlich zugänglich – wurden anfänglich aber als geheim eingestuft. Die anderen drei Papiere wurden den Abgeordneten erst am 29. Juni in der Geheimschutzstelle des Bundestages zugänglich gemacht. In Teilen sind die Seiten geschwärzt. Dabei wurde nicht nur die Unverständlichkeit der Ausführungen, sondern



VON
DIRK MEYER

»Nicht nur die Unverständlichkeit der Ausführungen und den Zeitdruck moniert.«

auch der Zeitdruck moniert. Denn bereits am selben Tag war der Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen formuliert und drei Tage danach beschlossen: „Der Deutsche Bundestag hält die Darlegung der EZB zur Durchführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung für nachvollziehbar und die Vorgaben des Urteils des BVerfG ... somit für erfüllt.“

Wer die öffentliche Anhörung im Europaausschuß Ende Mai verfolgt hat (JF 24/20), hätte nichts anderes

erwartet: Möglichst geräuschlos aus der Auflage dieses Urteils herauskommen. Insofern reichte es, daß die EZB eine mehr formale und inhaltlich wenig begründete Aussage lieferte. Immerhin wurde im Protokoll zur EZB-Ratssitzung vom 3./4. Juni dreimal auf die „Verhältnismäßigkeit“ verwiesen. Nicht ganz ohne Hintergedanken dürfte die EZB dieses Dokument als zentral für die Prüfung eingestuft haben, denn die dort gefaßten „geldpolitischen Beschlüsse“ entsprechen der „Beschluss“-Anforderung des BVerfG. Eine mögliche Vollstreckungsanordnung durch Antrag der Beschwerdeführer zur Prüfung dürfte auch deshalb folgenlos bleiben.

Interessant sind die drei im Bundestag abgelehnten Anträge. So schlägt die AfD die Einrichtung einer Berichtsstelle bei der Bundesbank und bei der EZB vor, um Mandatsüberschreitungen zukünftig vorzubeugen. Die FDP plädiert für einen „Unterausschuß des Haushaltsausschusses, der unter Hinzuziehung von Sachverständigen die Ein-

haltung des Verbots der monetären Staatsfinanzierung regelmäßig überprüft“. Die Linke will hingegen die EU-Verträge passend ändern: So sei das „Verbot der monetären Staatsfinanzierung aufzuheben und das Mandat der EZB dahingehend zu ergänzen, daß die EZB die Zahlungsfähigkeit der nationalen Regierungen garantiert“. Konfuzius läßt grüßen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Amazon profitiert nicht nur kurzfristig von der Corona-Pandemie

Klarer Steuervorteil

Von Jörg Fischer

Ein Exporteinbruch um ein Drittel, sechs Prozent weniger Wirtschaftsleistung, 218,5 Milliarden Euro Neuverschuldung, Millionen in Kurzarbeit, eine drohende Pleitewelle – die Corona-Pandemie hat Deutschland in die Rezession katapultiert. Doch des einen Leid ist des anderen Freud: Im Zeitraum April bis Juni gaben die Verbraucher im Online-Handel 20,2 Milliarden Euro aus, im Vorjahresquartal waren es nur 17,4 Milliarden gewesen, freut sich der Branchenverband BEVH.

Die „Internet Pure Player“ wuchsen um 20,8 Prozent, die klassischen Versandhändler um 12,6 Prozent – Anbieter „mit Herkunft aus dem stationären Geschäft“ verzeichneten ein deutlich unterdurchschnittliches Plus von 4,7 Prozent“, so die Beyonddata-Studie „Interaktiver Handel in Deutschland“. Aber der Corona-Shutdown ist nur ein Grund. Schon voriges Jahr war Amazon mit 849 Millionen von insgesamt über drei Milliarden Paketen der mit Abstand wichtigste Versender im deutschen

Markt. Das zeigt die aktuelle KEP-Studie des Bundesverbands Paket und Expreslogistik (BIEK).

Liegt es wirklich nur am kundenfreundlichen „Prime“-Konzept des US-Konzerns und seinen Milliardeninvestitionen? Warum gingen die Versandriesen Quelle und Neckermann 2009 bzw. 2012 pleite? Wieso liegt Otto nur abgeschlagen auf Rang zwei? Ja, es gab falsche Geschäftskonzepte, aber vom veränderten Kaufverhalten und Billigversand auf dem Rücken der gnadenlos ausgebeuteten Paketboten profitieren alle. Aber bei Amazon wird fast jede Bewegung der oft ausländischen Beschäftigten überwacht, bei einem Streik in einem Versandzentrum wird einfach aus den zwölf anderen deutschen Standorten oder aus dem EU-Ausland geliefert. Und: Als globaler Konzern meldete Amazon 2019 einen Gesamtumsatz von 280,5 Milliarden Dollar und 14,5 Milliarden Gewinn (Ebit) – bei nur 1,1 Milliarden Dollar an US-Einkommensteuern. Da können deutsche Anbieter nicht mithalten.



Englische Fischerboote im Hafen von Padstow (Grafschaft Cornwall): Nur noch britischer Fisch auf die Teller der Inselbewohner?

Streit um Fanggründe hält an

Quotenquäreln: Brexit-Verhandlungen / Nord- und Ostseefischerei 30 Jahre nach der Wiedervereinigung

PAUL LEONHARD

Welche Macht haben britische Fischer? Wird eine entscheidende Schlacht um die Zukunft des Empires und Kontinentaleuropas mal wieder auf See entschieden? Mit Blick auf Brüssel kommt dieser Verdacht auf, wo weiter hart – und ergebnislos – über ein Handels- und Partnerschaftsabkommen gestritten wird, das nach dem Brexit die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich regeln soll. Bis 30. Juni sollte dabei eine Einigung zum Thema Fischereirechte stehen – die gibt es nicht. Mehr noch: Die vereinbarte Frist, bis dahin eine Verlängerung der Austrittsverhandlungen um zwei Jahre zu ermöglichen, ist gleichzeitig ebenfalls verstrichen.

Bei dem Fangquoten-Streit geht es darum, wie viele Fischer aus der EU künftig in den ertragreichen britischen Gewässern fangen dürfen, ob sich die britischen Fischer noch an die restriktiven EU-Fangquoten halten werden und zu welchen Bedingungen sie ihren Fang auf den Kontinent verkaufen dürfen. Bisher waren das mehr als 80 Prozent. Gleich-

zeitig spielt Boris Johnson die nationale Karte, indem der Premierminister die alleinige Kontrolle des Königreiches über seine maritime Wirtschaftszone verlangt. Damit kommt ein Problem auf den Tisch, das bisher durch die EU-Zugehörigkeit gedeckelt werden konnte: die in den 1970er Jahren erfolgte Ausweitung „ausschließlicher Wirtschaftszonen“ auf 200 Seemeilen um die Küsten.

Eine Regelung, die damals zu starken Spannungen innerhalb der damaligen EWG geführt hatte, weil viele Fischer plötzlich von ihren traditionellen Fanggebieten ausgesperrt waren. Johnsons wichtigstes Argument: EU-Fangschiffe fischen sechsmal soviel in britischen Gewässern wie die eigenen. Andererseits verkauft Großbritannien jährlich Fisch für rund 1,79 Milliarden Euro und den Großteil davon in die EU. Rechnet sich das noch, wenn das Land keinen Zugang zum EU-Binnenmarkt mehr hat und Zölle bezahlen muß?

Einen Vorgeschmack auf einen Brexit ohne Vertrag bekamen die Fischer, als wegen der Corona-Pandemie Hotels und Restaurants schließen mußten. Die Fischer hatten nur die Wahl, ihren Fang einzufrieren oder ihre Schiffe im Hafen liegen zu lassen. „Die aktuellen Probleme

mit der Corona-Krise haben gezeigt, wie abhängig die britische Fischereindustrie wirklich vom Handel mit Europa ist“, zitiert die Deutsche Welle den Fischereifachmann Bryce Beukers-Stewart von der University of York.

Die EU-Unterhändler wissen das, und sie werden diese Trumpfkarte nicht leichtfertig aus der Hand geben. Sie setzen weiter auf eine Paketedlung. Kompromißbereitschaft von London fordert daher der küstenferne CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber: „Es kann nicht sein, daß tagelang über Details der Fischereiabkommen gebrütet wird, die Finanzstabilität aber keine Rolle spielt.“ Die britische Fischerei-Industrie macht ihrerseits Druck. Fragen rund um den Fischfang hätten nichts mit Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der EU zu tun.

Bestände schrumpfen durch Entnahme und Schmutz

Typisch britisch ist eine Idee, die aus der Krise führen soll: Die „#SeaForYourself“-Kampagne soll dafür sorgen, daß die Inselbewohner ihre Gewohnheit aufgeben, tiefgefrorenen Kabeljau, Schellfisch, Thunfisch, Lachs und Garnelen aus der Dritten Welt zu kaufen. Britischer Fisch gehöre auf britische Teller, fordert Mike Park, Vorsitzender der Scottish White Fish Producers Association (SWFPA). Dazu müsse man den Bürgern aber beibringen, wie man den Fisch zubereitet und erläutert, welche gesundheitlichen Vorzüge frischer Fisch hat.

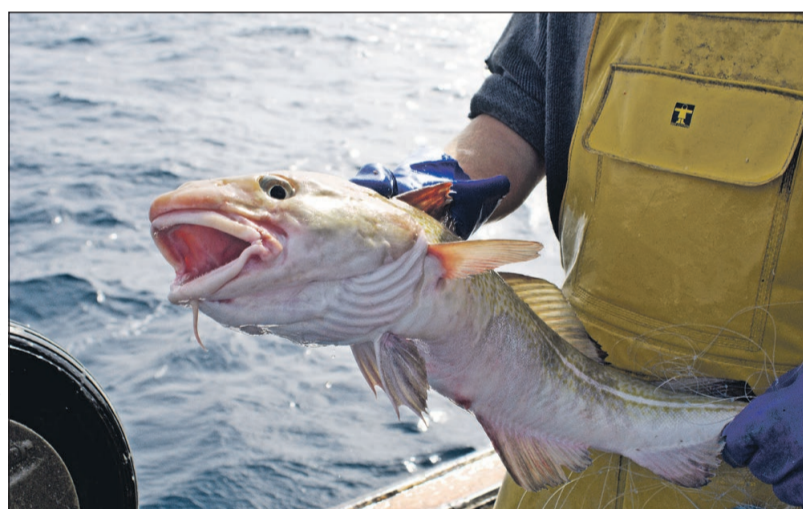
Die deutschen Fischer interessieren die britischen Probleme wenig. Sie haben eigene und die hängen mit der EU und den immer niedriger ausfallenden Fangquoten zusammen. Bei westlichem Hering, dem für Deutschland wichtigsten Ostseefisch, wurde die erlaubte Fangmenge um 65 Prozent gesenkt, bei westlichem Dorsch um 60 Prozent. In der östlichen Ostsee darf Dorsch nur als Beifang gefischt werden. Selbst Freizeit-

fischer wurden gesetzlich beschränkt. Sie dürfen nur fünf Exemplare an Land holen, im Februar und März nur zwei. Umweltschützer weisen auf steigende Wassertemperaturen und sinkende Sauerstoffkonzentration. Sie verlangen ein komplettes Fangverbot.

Hintergrund ist der drastische Rückgang der Bestände wegen Überfischung, aber auch wegen der Verschmutzung des Meeres durch Industrie und Landwirtschaft. Ein Problem, für das die EU keine gemeinsame Lösung gefunden hat. Von den gesunkenen Quoten sind in Deutschland 206 Haupterwerbsfischer in Schleswig-Holstein und 237 in Mecklenburg-Vorpommern betroffen. Deren Zahl dürfte weiter sinken, zumal die EU mit Prämien Fischer umgarnet, die ihre Schiffe endgültig stilllegen (JF 20/20). Auch die Rügen Fisch AG könnte temporär Rohstoffprobleme bekommen. Das ehemalige Rostocker Fischereikombinat der DDR, ist mit Standorten in Saßnitz, Lübeck-Schlutup, Rostock und Crottingen (Kretinga, Litauen) größter deutscher Hersteller von Fischkonserven, die unter den Marken „Rügen Fisch“, „Rügen Krone“, „Ostsee-Fisch“ und „Saßnitzfisch“ vertrieben werden. Arbeitsplatzprobleme könnten folgen: Die seit 2015 mehrheitlich der asiatischen Thai Union gehörende Fischfirma wird dann wohl „globalisiert“ werden.

Wer sich heute jenes Foto der jungen Angela Merkel vom 2. November 1990 ansieht, die bei fünf schweigenden und vor sich hin starrenden Ostsee-Fischern in einer Hütte in Lobbe/Rügen sitzt, bekommt irgendwie den Verdacht, alle auf dem Bild hätten diese Entwicklung irgendwie geahnt. Die damals 36jährige hat damals ihr Bundestagsmandat gewonnen und Karriere gemacht, die Fischer sind auf der Strecke geblieben. Und dabei, so erinnerte sich einer der Männer Jahre später, habe die schweigende spätere Kanzlerin „den Eindruck gemacht, als wenn sie uns verstehen würde“.

► www.ruegenfisch.de



Fischer mit Dorsch: EU-Fangquoten zwingen zur Berufsaufgabe

3 für 2
WIRTSCHAFTSWUNDER 2020
JETZT DREI ANZEIGEN BUCHEN, NUR ZWEI BEZAHLEN!

B M V

Berliner Medienvertrieb
Print und Online

Angebot unter Telefon 030 - 86 49 53 - 67 oder per Mail an beck@berliner-medienvertrieb.de

JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR DEBATTE